

10.03.2008

## Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 2254  
der Abgeordneten Renate Hendricks SPD  
Drucksache 14/6076

### **KMK will Schulabbrecherquote senken - Wie evaluiert NRW die eigenen Programme zur Vermeidung von Schulabbrechern**

Wortlaut der Kleinen Anfrage 2254 vom 23. Januar 2008:

Integrationspläne, Werkstattjahre oder Praxisklassen, die Frage bleibt, ob derartige Programme ausreichen, oder ob es nur Reparaturmaßnahmen sind, die durch bessere rechtzeitige Förderung hätten vermieden werden können.

Auch in NRW haben in den letzten Jahren, viele Programme vor allem die aufwendige nachträgliche Qualifizierung von Schulabbrechern im Blick gehabt. Doch auch die meisten aktuellen Initiativen setzen erst am Ende vieler Schulbiografien an, nämlich in der achten oder neunten Klasse.

Frühkindliche Bildung, Ganztagschulen, Lehrerteams im Unterricht, Professionenmix in der Schule. Die beste Maßnahme gegen Schulabbruch, scheint eine möglichst intensive individuelle Förderung von Beginn an ohne Beschämung sowie ein ausreichendes Leistungsniveau in allen Schulen zu sein. Schonräume sind nach Auffassung der OECD keine sinnvollen Maßnahmen. Wir brauchen Regelschulen, in denen kein Kind abgeschrieben, abgeschoben oder abgeschult wird. In denen Schulversagen als Versagen der Schule verstanden wird. Nicht als Versagen der Schüler. In denen die Schule in die Lage versetzt wird, die Schüler und Schülerinnen zu unterstützen und dabei selber ausreichend Hilfe erhält.

Maßnahmen, die nach der Schule greifen, kommen oft zu spät und sind häufig wirkungslos. Auch in Nordrhein-Westfalen werden Jugendliche in Warteschleifen versorgt, weil es keine Ausbildungsplätze gibt. Nach aktuellen Angaben des Sozialministers sind es noch 1800 Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz haben. Diese Zahlen mögen mehr oder weniger nachvollziehbar sein. Viele dieser Jugendliche sind schon ein- oder zweimal sitzen geblieben

Datum des Originals: 05.03.2008/Ausgegeben: 12.03.2008

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

oder haben jahrelang nur Fehlschläge erlebt. Wenn man vorher eingegriffen hätte, wären solche Biografien zu einem großen Teil vermeiden werden können. Die bundesweiten Reparaturkosten werden zwischen 3,4 und 6 Milliarden Euro jährlich beziffert. Genaue Zahlen scheinen nicht bekannt zu sein. Insgesamt handelt es sich um eine riesige Sickergrube, die aus Pflichtaufgaben und Transferleistungen des Staates begründet ist. Prävention würde deutlich nachhaltiger wirken und den Staat und damit dem Steuerzahler weniger kosten. NRW hat eine Vielzahl von Programmen aufgelegt, die an die Schule anschließen. Mit den Programmen zur Hauptschule sollen nun Schule und Praxis besser verzahnt werden. In der Regel sind diese Programme für Hauptschüler gedacht. Von Förderschüler/innen spricht in diesem Zusammenhang niemand. Andere Schulformen profitieren nicht von diesen Programmen. Hier wird zunächst „abgeschult“, sitzengelassen, bevor eine entsprechende Förderung überhaupt möglich wird.

Die Vielzahl der Programme täusche darüber hinweg, dass bislang nur ein Bruchteil der potentiellen Adressaten überhaupt erreicht werde. Viele ziehen weiterhin ihre Warteschleifen in Berufsbildenden Schulen und in Maßnahmen der Agentur für Arbeit. Etliche werden gar nicht mehr erreicht.

Oft laufen diese Initiativen nur solange, wie gerade Gelder aus irgendwelchen Töpfen fließen. So zum Beispiel aus dem Europäischen Sozialfond. Eine wissenschaftliche Evaluation der Programme ist zudem bisher nicht ausreichend erfolgt. Bisher kann niemand wirklich sagen, ob es überhaupt Sinn macht diese Programme in die Schule zu integrieren oder wie diese Programme zu modifizieren sind.

Vor diesen Hintergründen frage ich die Landesregierung:

1. Wie viele unterschiedliche Programme sind in NRW aus welchen Töpfen in welcher Höhe für Jugendliche in oder nach Schulabschluss im Haushaltsjahr 2007 bisher finanziert worden?
2. Werden die jetzigen Schulabbrecherinitiativen der Landesregierung wissenschaftlich begleitet bzw. evaluiert?
3. In welchem Umfang werden Mittel für die Schulabbrecherprogramme im Haushaltsjahr 2008 aus welchen Haushaltstöpfen vorgesehen?
4. Warum kommen Schüler und Schülerinnen der Förderschulen in den „Offensivplänen zur besseren Integration“ der Landesregierung nicht vor?
5. Wie viele Schüler und Schülerinnen, aus den Hauptschulen und Förderschulen, wie viele aus den Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen befinden sich im laufenden Schuljahr in einer schulischen oder beruflichen Warteschleife?

**Antwort der Ministerin für Schule und Weiterbildung** vom 5. März 2008 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales und dem Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration:

Bezug nehmend auf die in der Kleinen Anfrage geäußerte Kritik, Programme zur Vermeidung von Schulabbrüchen bzw. zur Förderung des Übergangs von der Schule in den Beruf kämen

oft zu spät oder seien häufig wirkungslos, wird festgestellt: Die im folgenden genannten Programme zielen darauf ab, Schulabbrüche und sogenannte Warteschleifen zu verhindern sowie Übergänge in Ausbildung bzw. Arbeit zu eröffnen. Dies wird in vielen Fällen auch mit großem Erfolg erreicht.

Zum Beispiel setzt das Projekt „Betrieb und Schule“ (BUS) im letzten Pflichtschuljahr an, um die drohende Arbeitslosigkeit benachteiligter Jugendlicher möglichst schon im Vorfeld des Übergangs von der Schule ins Berufsleben zu vermeiden. Jeweils knapp ein Drittel der gegenwärtig rund 3600 Teilnehmenden münden in den ersten Arbeitsmarkt (Ausbildung, Arbeitstätigkeit) bzw. in berufsvorbereitende Maßnahmen, ein Fünftel besucht anschließend eine weiterführende Schule.

Bei der im Auftrag des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration durchgeführten Evaluation der Schulmüdenprojekte durch das Deutsche Jugendinstitut zeigte sich, dass sowohl die eher präventiv orientierten Angebote, die in Kooperation von Jugendhilfe und Schule an den Schulen angeboten werden, als auch die Angebote, die eine Beschulung massiver Schulverweigerer an einem anderen Lernort - nämlich der Jugendhilfe - ermöglichen, als sinnvolle Maßnahme zu bewerten sind. Es zeigte sich, dass unterschiedliche Gruppen von schulmüden Jugendlichen erreicht und deren Re-Motivation von Lernbereitschaft initiiert werden konnte.

**Zur Frage 1**

Für Jugendliche in der Schule und nach Schulabschluss wurden im Haushaltsjahr 2007 folgende Programme finanziert:

<b>Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales</b>	<i>Table 1</i>
<b>ESF-kofinanzierte Arbeitsprogramme</b>	<b>Jugend und Beruf</b>
<i>Förderprogramm</i>	<i>Auszahlungen 2007</i>
Dritter Weg der Berufsausbildung in NRW	8.949.410 €
Einzelprojekte	3.848.904 €
Erhöhung der Ausbildungsreife und Berufswahlorientierung	963.315 €
Kompetenzchecks	3.857.890 €
Modernisiertes Ausbildungssystem "EXAM"	320.409 €
Partnerschaftliche Berufsausbildung incl. Verbundausbildung	2.060.743 €
Neue Formen der Berufsausbildung (Verbundausbildung)	2.894.040 €
Übergang Schule-Beruf	8.692.740 €
Werkstattjahr	15.592.014 €
SOPRO Ausbildung 2006	26.377.941 €
Ausbildungschancen benachteiligter Jugendlicher/BUS	3.375.867 €
Jugend in Arbeit (neu)	29.407.207 €
EinTopf – Förderung der Ausbildungsfähigkeit von Schulabgängern in NRW	234.757 €
100 zusätzliche Ausbildungsplätze für behinderte Jugendliche	705.738 €
<b>Summe</b> (Erfassungsstand 19.02.2008)	<b>107.280.975 €</b>

<b>Ministerium für Schule und Weiterbildung</b>		<i>Table 2</i>
	Lehrer-Stellen	Haushaltsmittel 2007
BUS (Betrieb und Schule) an Haupt-, Förder- und Gesamtschulen	226	148.930,- €

Gemeinsam mit der Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit werden die Rahmenbedingungen und die Qualität der Zusammenarbeit zwischen den beauftragten Trägern und Berufskollegs bei der Durchführung *ausbildungsbegleitender Hilfen* optimiert. Durch den Mitteleinsatz (der BA) werden Ausbildungsabbrüche verhindert und Ausbildungserfolg gesichert. Gerade im Übergang Schule/Beruf, Schule/ Ausbildung werden vielfältige Einzelinitiativen durch Stiftungen und Privatinitiativen gefördert. Beispiele sind institutionalisierte Ausbildungspatenschaften sowie „Fit für die Ausbildung“ für Ganztags Hauptschulen, das durch die Deutsche BP-Stiftung, die Stiftung Partner für Schule NRW, das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW sowie das Ministerium für Schule und Weiterbildung unterstützt wird.

Das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration fördert außerdem über den Kinder- und Jugendförderplan speziell für sozial benachteiligte oder individuell beeinträchtigte junge Menschen Angebote, die sie in ihrer Entwicklung unterstützen und die notwendige Förderung bereitstellen, um ihnen den Übergang von Schule in den Beruf zu erleichtern. Die Angebote beziehen sich auf den § 13 SGB VIII. Sie richten sich an Abgänger der Sekundarstufe I mit und ohne Abschluss. Die Angebote für schulumüde Jugendliche richten sich an vollzeitschulpflichtige Jugendliche, die den Unterricht nicht mehr oder nur noch sporadisch besuchen. Im Einzelnen sind dies:

- 45 Jugendwerkeinrichtungen
- 66 Beratungsstellen
- 57 Projekte für schulumüde Jugendliche

Insgesamt wurden die Maßnahmen aus Mitteln des Kinder- und Jugendförderplans nach Position 2.4 "Schul- und berufsbezogene Jugendsozialarbeit" im Haushaltsjahr 2007 in Höhe von 11.365.000 Euro (Einzelplan 15, Kapitel 15040, Titel 663 61 und 684 61) gefördert.

## Zur Frage 2

Zu den in der Antwort auf Frage 1 aufgelisteten Programmen (Tabelle 1 und 2) gab und gibt es wissenschaftliche Evaluationen zu:

- Dritter Weg
- Erhöhung der Ausbildungsreife und Berufswahlorientierung (ABBEO)
- Werkstattjahr
- Betrieb und Schule (BuS)- Die Landes-Gewerbe-Förderungsstelle des nordrhein-westfälischen Handwerks e.V. wertet die Daten regelmäßig aus.

Zu den Programmen, mit denen Ausbildung bzw. Integration in Arbeit direkt gefördert werden, nämlich

- Modernisiertes Ausbildungssystem "EXAM"
- Partnerschaftliche Berufsausbildung inkl. Verbundausbildung
- SOPRO Ausbildung 2006
- Jugend in Arbeit

- 100 zusätzliche Ausbildungsplätze für behinderte Jugendliche

wird der Erfolg, d.h. die Einmündung in Ausbildung/ Arbeit und der Verbleib in der entsprechenden Stelle, unmittelbar durch die Versorgungsverwaltung (jetzt: Bezirksregierungen) nachgehalten. Die drei weiteren Bereiche beziehen sich auf regionale Maßnahmen.

**Zur Frage 3**

Maßnahme	MSW Lehrer-Stellen	MSW Haushaltsmittel	MAGS Haushaltsmittel
BUS	226	150.000,- €	2,63 Mio. €

Die Lehrerstellen werden aus dem Zeitbudget (Vorgriffstellen in Kapitel 05300) bereitgestellt. Die Haushaltsmittel des Ministeriums für Schule und Weiterbildung sind in Kapitel 05 300 Titelgruppe 82 (Innovationsfonds) vorgesehen.

Das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration fördert im Haushaltsjahr 2008 die in der Antwort auf Frage 1 aufgeführten Maßnahmen nach Position 2.4 "Schul- und berufsbezogene Jugendsozialarbeit" aus Mitteln des Kinder- und Jugendförderplans insgesamt mit 11.365.000 Euro, davon die genannten Schulmüdenprojekte mit rund 2,1 Mio. Euro.

**Zur Frage 4**

Die landeseigenen Maßnahmen zur Vermeidung von Schulabbrüchen werden seitens der Landesregierung nicht unter dem Titel „Offensivpläne zur besseren Integration“ geführt. Sofern die vorgenannten Programme sich auf Schulpflichtige bzw. Schülerinnen und Schüler an Berufskollegs beziehen, unterstützen sie jedoch insbesondere auch Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf.

**Zur Frage 5**

Eine Reihe von Bildungsgängen im allgemein bildenden und beruflichen Schulwesen kann im Rahmen der jeweils individuellen Bildungsplanung sowohl den Charakter einer Überbrückung (z. B. bis zum Studium) haben, als auch zum eigentlichen Bildungs- bzw. Ausbildungsziel (Berufsabschluss) führen. Ob die Teilnahme an einem Bildungsgang aus Sicht der teilnehmenden Schülerinnen und Schüler eine Warteschleife oder Bestandteil der individuellen Planung zur Erreichung eines gewünschten Bildungsziels ist, wird statistisch nicht erfasst.